

22.34

Abgeordnete Mag. Dr. Petra Oberrauner (SPÖ): Herr Vorsitzender! Herr Minister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal auf das Psychotherapiegesetz zurückkommen und möchte einmal die Fakten darlegen.

Dass wir Psychotherapeuten in Österreich brauchen, ist, glaube ich, unbestritten. Es gibt eine wirklich große Veränderung in den Zahlen. 2004 haben wir 1,5 Millionen Krankenstandstage aufgrund psychischer Erkrankungen gehabt, 2022 haben wir 5,5 Millionen, das ist fast eine Vervierfachung. Dass da Handlungsbedarf besteht, ist also, glaube ich, jedem klar.

50 Prozent der Leute, die das heute gerne in Anspruch nehmen möchten, können sozusagen betreut werden, alle anderen haben keine Chance auf Betreuung, weil sie einfach nicht vorhanden ist. Das Durchschnittsalter der Psychotherapeuten ist 58 Jahre. Wir werden noch ein Problem mit der Pensionierung von den Experten, die es jetzt gibt, kriegen. Dass wir da Abhilfe schaffen müssen, ist klar, und dass ist auch eine gesellschaftliche Herausforderung, der wir uns stellen müssen. 1 500 Studienplätze brauchen wir, wir beschränken mit 500.

Was die Kosten betrifft: Es ist eine Akademisierung vorgesehen, das finde ich gut, denn damit müssen diese hohen Kosten für diesen Bereich sozusagen nicht mehr gezahlt werden. Ich finde es aber nicht in Ordnung, wenn man ein akademisches Studium in diesem Bereich anbietet, dass man dann den Studentinnen und Studenten sagt: Ihr braucht dann noch 20 000 Euro für eine Supervision, die ihr verpflichtend machen müsst, damit ihr wisst, was eurer Teil und was der Teil des Patienten ist!

Das ist also einfach nicht zu Ende gedacht: 1 500 Studienplätze brauchen wir, 500 ist die Beschränkung. Ich finde die Idee gut, ich finde auch den Zugang gut, aber ich finde, es ist nicht ausgegoren, ich finde, es ist nicht fertiggedacht. Deshalb werden wir nicht zustimmen, denn bei halben Sachen haben wir schon oft genug mitgestimmt, und am Ende des Tages waren sie falsch.

Wir finden den Ansatz gut, die Umsetzung ist leider nicht fertig, und es ist eigentlich für die Studentinnen und Studenten eine Zumutung, dass sie dann am Ende des Tages in der dritten Periode irgendwo 20 000 Euro verdienen sollen, damit sie das fertigmachen können. Das ist kein guter Zugang zu einer Bildung. Bildung sollte wenn möglich kostenfrei sei, denn es gibt in Zeiten, wenn sich die Leute dann in Arbeit befinden und Steuern zahlen, ein Return of Investment. *(Ruf bei der ÖVP: Wozu wird jetzt gesprochen?)* Wir sollten darauf achten, dass wir auch da Qualität haben. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

22.37

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Marchetti. – Bitte.